

AL Info²/₁₆

3 Als politische Sekretärin hat Dayana Mordasini vier Jahre lang im Zentrum der AL die Fäden gezogen. Jetzt verlässt sie das Sekretariat, aber nicht die Partei.

4 Masterplan Hochschule: Andrea Leitner stellt ein Grossprojekt vor, das Zürich massgebend verändern wird, wenn es wie vorgesehen realisiert wird.

8 Grundeinkommen JAIN. Zwei AL-Mitglieder sagen ihre Meinung zu einer Initiative, an deren Forderung sich die Schweiz nur schwer gewöhnen kann.

AZB
CH-8026 Zürich
Post CH AG

Asylgesetzrevision Nr. 11 – eine lose-lose Situation

Eine Vorlage, die im Parlament von links bekämpft wurde, wird im Nachhinein von der SP, den Grünen und einigen Hilfsorganisationen zur zielführenden und menschlichen Lösung stilisiert. Ein Ja dazu sei ein weiterer strategischer Sieg über die SVP, ähnlich wie bei der Durchsetzungsinitiative, hört man bekannte Linke in den Medien sagen.

Ein linkes Ja zur Vorlage wäre noch verständlich mit der Argumentation, die nächste Vorlage, die uns im Falle eines Nein unterbreitet würde, werde noch schlimmer ausfallen. Es gibt jedoch keine Gründe, so zu tun, als sei diese Revision ein Schritt in Richtung einer menschlicheren Asylpolitik. Im Gegenteil: Sie stellt insgesamt eine erneute Verschärfung dar.

Taktisches Ja oder grundsätzliches Nein?

Die Parolenfassung ist der AL dementsprechend schwer gefallen. Ein Ja als trügerischer Pyrrhus-Sieg, um der Rechten eins auszuwischen? Oder ein Grundsatz-Nein mit der Aussicht auf eine noch unmenschlichere Folgevorlage? Aus rechtsstaatlicher Sicht ist das revidierte Asylgesetz mehr als fragwürdig. Es beschneidet die Grundrechte und reduziert die Chancen auf faire Verfahren.

Abgesehen vom politischen Kontext sehen die Tatsachen wie folgt aus: Die Vorlage schreibt die Kasernierung von Flüchtlingen in den geplanten Bundeszentren vor. Wie viel Bewegungsfreiheit in diesen Einrichtungen zugelassen werden wird, ist noch unklar. Klar ist nur, dass die Asylsuchenden zusammengepfercht und isoliert werden sollen.

Weiter soll die Behandlung eines

Gesuchs künftig nur noch maximal 140 Tage dauern und die Beschwerdefristen werden von dreissig auf sieben Tage gekürzt. Bereits heute ist es für Asylbewerber schwierig, eine Rechtsvertretung zu finden, die so kurzfristig eine stichhaltige Beschwerde formulieren kann.

Das Märli von den „Gratisanwälten“

Die SVP hat die unentgeltliche Rechtsvertretung zum casus belli stilisiert. Abgesehen davon, dass den vom Staat finanzierten JuristInnen kaum Zeit zur Verfügung steht, ist Folgendes zu



erwähnen: Sie werden indirekt vom Staatssekretariat für Migration (SEM) über einen Leistungsauftrag an die Schweizerische Flüchtlingshilfe bezahlt. Sie arbeiten mit den Behörden unter einem Dach und werden mit einer fixen Fallpauschale bezahlt – ein Negativanreiz, sich ja nicht intensiver um einen Fall zu kümmern.

Beide Seiten machen uns etwas vor

Weder kann eine Rechtsvertretung unter diesen Rahmenbedingungen viel

Positives bewegen, wie die linken Ja-Sager behaupten, noch sind die JuristInnen ein teurer Luxus, wie die SVP uns vormachen will. Im Gegenteil: die Vorlage ist eine Sparmassnahme. Ihr Ziel ist, die Zahl der Beschwerden zu senken und Asylsuchende möglichst schnell und billig wieder loszuwerden.

Wir legen leer ein

Nach einer engagierten Diskussion hat die AL-VV sich zunächst eventual für ein Nein und anschliessend mit sehr klarem Mehr für «Leer einlegen» entschieden. Eine Parole, die nicht zu verwechseln ist mit Stimmfreigabe. Das Signal ist nicht, dass es keine Rolle spielt, was am Ende an der Urne herauskommt, sondern, dass beide Optionen nicht tragbar sind.

Warum sollten wir jetzt Ja stimmen für etwas, das wir bei der letzten Abstimmung noch mit guten Gründen vehement bekämpft haben? Tatsache ist, dass die jetzige, elfte Revision erneut eine Verschärfung darstellt, die die Grundrechte der Betroffenen weiter aushöhlt. Die sogenannte fairen verkürzten Verfahren mit ihren Fallpauschalen sind ein Technokraten-Kompromiss: Die weltweite Flüchtlingskatastrophe soll bei uns durch die Bundeszentren in einem geschlossenen Kreislauf so abgearbeitet werden, dass sich die einheimische Bevölkerung möglichst wenig damit befassen muss. Genau so wenig lässt sich jedoch ein Nein verantworten, weil die nächste Vorlage mit hoher Wahrscheinlichkeit noch herzloser werden würde. So oder so, die Situation bleibt untragbar.

Corin Schäfli

Parolen und Positionen

Abstimmungen vom 5. Juni 2016:

BUND

Asylgesetzrevision **Leer einlegen**

Volksinitiative „Für ein Bedingungsloses Grundeinkommen“ **JA**

Volksinitiative „Pro Service Public“ **NEIN**

Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ **NEIN**

Änderung des Fortpflanzungsmedizin-gesetzes **Stimmfreigabe**

KANTON ZÜRICH

Änderung des Gesetzes über die Wählbarkeitsvoraussetzungen für BezirksrichterInnen **JA**

STADT ZÜRICH

Umbau des Kongresshauses und der Tonhalle **JA**

Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Kongresshaus-Stiftung **JA**

Neubau des Pflegezentrums Bombach **JA**

Ausstieg der Stadt Zürich aus der Kernenergie **JA**

Teilaufhebung des Gemeindebeschlusses „Rationelle Verwendung von Elektrizität“ **JA**

Neuerlass der Verordnung über gemeinwirtschaftliche Leistungen des ewz im Rahmen der 2000-Watt-Ziele **JA**

Finanzen

Die Abstimmungskampagne der AL-Initiative „Kinderbetreuung JA“ hat begonnen. Wir sind dankbar für Spenden auf Alternative Liste, Molkenstrasse 21, 8004 Zürich, PC 87– 63 811– 5 IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5 Vermerk: «Kinderbetreuung» Danke!

Impressum

Alternative Liste (AL)
www.al-zh.ch

Sekretariat Corin Schäfli
sekretariat@al-zh.ch

Molkenstr. 21, 8004 Zürich

IBAN CH53 0900 0000 8706 3811 5

Auflage/Druck 2200 Ex.,

Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Corin Schäfli, Dayana Mordasini

Redaktion Dayana Mordasini, Corin Schäfli, Niklaus Scherr, Attilio Stoppa.

Kinderbetreuung - JA!

Die Kampagne zur Initiative „Bezahlbare Kinderbetreuung für alle“ ist erfolgreich gestartet. Aktuell haben wir mit einer ersten Fundraising-Kampagne bereits 16'454 Franken eingenommen. Das Thema mobilisiert, unsere Facebook-Seite Kinderbetreuung JA hat bereits 700 likes bekommen, auch von Menschen ausserhalb der AL, und auffällig viele Frauen unterstützen unser Anliegen.

Mitte Mai wird offiziell das Komitee Kinderbetreuung JA gegründet. Neben AL, SP, Grünen und Gewerkschaftsbund wird das Komitee breit abgestützt sein. Mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft, partei- und generationen-übergreifend. Dies ist nötig, um am 25. September die Abstimmung zu gewinnen. Wir müssen weit über das links-grüne Lager hinaus überzeugen. Und wir sind optimistisch, dass uns das gelingen wird.



Erwerbsarbeit muss sich lohnen.

Heute bezahlen die Eltern neben den Gemeinden den Löwenanteil der Kosten, das Familieneinkommen wird dadurch deutlich reduziert. Oft entscheiden sich daher auch gut ausgebildete Frauen, dass es günstiger ist, wenn sie zuhause bleiben – Erwerbsarbeit lohnt sich eben nicht, wenn die Betreuungskosten einen zu hohen Anteil verschlingen. Hier setzt unsere Initiative an. Sie fordert ein solidarisches 3-Säulen-System: der Betreuungsfonds reduziert den Kostenanteil der Eltern, indem sich die Unternehmen an der Finanzierung beteiligen.

Zynisches Verhalten der Bürgerlichen

Die Initiative wurde im März im Kantonsrat von den bürgerlichen Kräften en bloc abgeschmettert - obwohl allgemein anerkannt ist, dass sich Investitionen in die Kinderbetreuung für die Unternehmen mehrfach lohnen. Zynisch nur, dass gleichzeitig alle Parteien – ausser der SVP – gerne von der „Vereinbarkeit von

Familie und Beruf“ reden. Einig ist man sich sogar, dass die Finanzierung ein ungelöstes Problem ist.

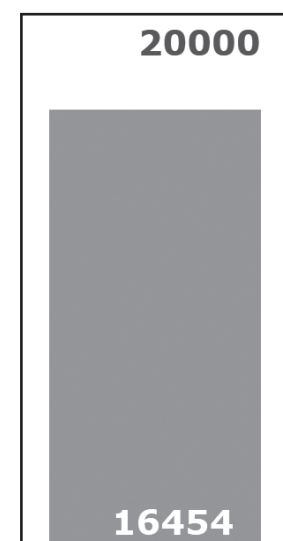
Wir haben einen konkreten Lösungsvorschlag, und es lohnt sich, dafür breit zu mobilisieren. Unabhängig davon, welche Lebensrealität jeder einzelne für sich beansprucht: wer arbeitet und die Kinder betreuen lässt, soll dabei von der Wirtschaft unterstützt werden. Der viel beschworene Fachkräftemangel ist auch auf die fehlenden Frauen auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Investition in die Kinderbetreuung als Pflicht

Heute leisten - meist grosse - Unternehmen vereinzelt Beiträge an die Kinderbetreuung auf freiwilliger Basis. Die Initiative will die Investition in die Kinderbetreuung zur Pflicht machen. Firmen, die sich schon heute engagieren, werden berücksichtigt: eigene Investitionen in die Betreuung werden angerechnet; die Pioniere sollen schliesslich nicht bestraft werden. Wir wollen mit unserer Diskussion bewusstmachen, dass die Kinderbetreuung alle angeht und am Ende alle davon profitieren, auch die Kinderlosen. Schliesslich sind Kinder die künftigen Steuerzahler und wir sollten als ganze Gesellschaft ein Interesse daran haben, dass es sich lohnt, Kinder zu haben und gleichzeitig einen Beruf auszuüben. Sagen wir deshalb Ja zur Kinderbetreuung! Ja zur Verantwortung von Eltern, Gemeinden UND Unternehmen! Ja zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Und damit Ja zur Gleichberechtigung und zur Beseitigung struktureller Ungleichheit.

Weitere Info: www.kinderbetreuung-ja.ch; www.facebook.com/kinderbetreuungJA. Jetzt Seite liken!

Dayana Mordasini



20'000 Franken als Startkapital für die Kinderbetreuungs-Kampagne sind unser Ziel. Jetzt fehlen davon nur noch 3'546. Die Angaben, um uns beim Fundraising Schlussspurt zu helfen, stehen in der linken Spalte dieser Seite.

Dayana Mordasini im Gespräch



Du hast dich ja bereits 2011 ein erstes Mal für den Sekretariatsjob bei der AL beworben, allerdings zu spät. Beim zweiten Anlauf 2012 hat es dann geklappt.

Die erste war eine reine Pro-Forma-Bewerbung für die regionale Arbeitsvermittlung. Ich war damals hochschwanger und suchte nach dem Studienabschluss einen Teilzeitjob. Bei der Stellensuche musste ich frustriert zur Kenntnis nehmen, dass trotz Lippenbekenntnissen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch in der öffentlichen Verwaltung oder bei wissenschaftlichen Stellen überall nur 80-100%-Jobs angeboten wurden und keine kleineren Teilzeitpensen. So landete ich mit einer 60%-Anstellung im Kundendienst einer Telecomfirma, ein inhaltsleerer Job, der mir keine Befriedigung gab.

Das zweite Mal habe ich mich dann ernsthaft beworben. Von der AL als fortschrittlicher Organisation erwartete ich ein Job-Angebot, das meinem Bedürfnis nach flexibler Teilzeitarbeit entgegenkommt. Ich rechnete fest damit, in die engere Wahl zu kommen, und wurde dann ja auch ohne Vorgespräch direkt an eine Vorstandssitzung eingeladen.

Wichtige Ziele, die du erreicht hast?

Ich habe mich bemüht, mehr Form und Struktur in die Abläufe zu bringen. Wenn die AL wächst, braucht es mehr verbindliche Regeln, auch mehr klare Arbeitsteilungen, z.B. bei Medienanfragen.

Ein Schwerpunkt war für mich immer die Verbesserung und die klarere Strukturierung der Kommunikation nach innen und aussen: Newsletter, AL-Info, Blogs, Bewirtschaftung der AL- und der Facebook-Webseite. Besondere Befriedigung verschaffte mir die Verantwortung für das AL-Info. Hier bist du von der grafischen Gestaltung über das Konzept der einzelnen Nummern, das Einholen der Beiträge, das Redigieren, Layouten und Korrekturlesen bis zur Organisation des Versands an allen Stufen beteiligt.

Mit dem Ausbau von vier auf acht Seiten haben wir beim Info wie auch beim Rechenschaftsbericht inhaltlich an Tiefe gewonnen. Beim AL-Info bin ich gerne auch nach meinem Rücktritt als Sekretä-

rin weiterhin dabei.

Deine Highlights?

Sicher die beiden Stadtratswahlkämpfe 2013 für Richi Wolff. Da war ein drive drin wie nie mehr danach, eine unglaubliche Dynamik. Wir hatten nichts zu verlieren, das gab uns enorm viel Freiheit. Bei den Gesamterneuerungswahlen 2014 war da schon mehr Routine, weniger Originalität, eine gewisse Biederkeit. Dank dem grossen Engagement von Markus Bischoff gab es dann bei den Kantons- und Regierungsratswahlen 2015 nochmals Schub.

Wie siehst du die AL damals und heute?

Die AL hat ihre grosse Spontaneität und Flexibilität und ihren Biss trotz Wachstum gewahrt. Es ist normal, dass es Divergenzen gibt zwischen dem Bedürfnis nach mehr Struktur und dem nach mehr freestyle. Und dass mit der Regierungsbeilegung ein neues Spannungsfeld entstehen würde, war voraussehbar. Nicht alle können gleich gut damit umgehen. Richi Wolff und die Präsenz im Stadtrat haben uns neue Schichten erschlossen. Sicher haben wir auch einige bisherige Anhänger verloren, aber die Angst, dass Leute in grossem Stil abspringen, halte ich für übertrieben.

Was wünschst du der AL?

Die AL muss daran arbeiten, ihre Schlagkraft zu bewahren. Und sich neben den bisherigen Kernthemen wie Wohnen, service public, Antidiskriminierung und Steuern vermehrt für neue Themen öffnen. Dazu gehören für mich die Gleichstellungsdiskussion und die Rolle der Arbeit in der Zukunft. Die Kampagne für unsere Kinderbetreuungs-Initiative bietet da eine Chance. Und dann wünsche ich mir nicht nur Mitglieder, die einmal pro Monat an eine VV kommen, sondern mehr initiative Gruppen, die innerhalb der AL Projekte anreissen. Die gerne etwas zusammen machen. Wenn du schon für die Politik soviel Zeit opferst, muss es auch Spass machen. Der Funfaktor ist wichtig und die soziale Chemie muss stimmen.

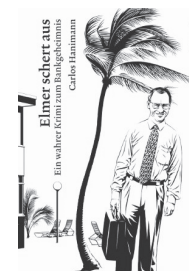
Und deine persönliche Zukunft?

Ich mache eine Pause bis im Herbst. Weiter dabei bin ich im Redaktionsteam des AL-Infos und bei der Kinderbetreuungs-Kampagne. Und bevor ich den Sekretariatsjob an den Nagel hänge, werde ich endlich auch AL-Mitglied.

Interview: Niggi Scherr

AL Buchtipp

Niggi Scherr empfiehlt:



Carlos Hanimann: Elmer schert aus. Ein wahrer Krimi zum Bankgeheimnis. 2016. ISBN 978-3-905800-434-2.

Die bewegte Geschichte des Whistleblowers Ruedi

Elmer, der als Arbeitersohn aus dem Kreis 5 zum Chief Operating Officer der Bank Bär im Steuerparadies Cayman Islands aufsteigt und nach seiner Entlassung 2008 Kundendaten auf die noch unbekannte Plattform Wikileaks hochlädt. WoZ-Redaktor Hanimann schildert anschaulich, wie die Traditionsbank an der Bahnhofstrasse zeitweilig mehr als ein halbes Dutzend Beschatter rund um die Uhr auf den abtrünnigen Banker ansetzt. Wie die Zürcher Justiz in einem nicht enden wollenden Furor und mit rechtlich schwach fundierten Anklagen Ruedi Elmer seit 2005 bis heute gnadenlos für den Bruch des Bankgeheimnisses verfolgt, während UBS-Bosse mit dem Segen des Bundesrats straflos Tausende von Kundendaten an die USA liefern. In Zeiten der Panama-Papers Pflichtlektüre.



Anton Gunzinger: Kraftwerk Schweiz. Plädoyer für eine Energiewende mit Zukunft. 2015. ISBN 978-3-7296-0888-7.

ETH-Professor und Unternehmer

Gunzinger kommt nicht aus der Energieforschung, sondern aus der Computerbranche. Von daher analysiert er die Stromversorgung der Schweiz aus einem systemischen Blickwinkel. Das Buch zeigt anschaulich auf, wie mit heute bekannten Technologien ein AKW-Ausstieg und der Umbau des Energiesystems machbar ist. Gestützt auf konkrete Pilotprojekte, u.a. mit ewz, weist Gunzinger nach, wie dezentral und unregelmässig anfallender Wind- und Solarstrom dank intelligenter Lastüberwachung und -steuerung auch ohne milliardenteuren Ausbau von Netzen und Speichern in die lokalen Verteilnetze integriert werden kann. Echter Mutmacher, nachdem die bürgerliche Retro-Mehrheit in Bern den AKW-Ausstieg sabotiert und die Energiewende bis zur Unkenntlichkeit verwässert hat.

Masterplan Hochschulgebiet Wachstum über alles?

Es soll heute niemand behaupten, Zürich sei bereits gebaut. Wo wir in Zürich derzeit auch hinsehen: Baukräne, Brachen, Baustellen, Baugerüste – allesamt optimistisch dreinblickende Wegweiser in eine optimierte, vielleicht maximierte Stadt der Zukunft.

Ein, zwei, viele Leuchttürme

Wem Zürichs enormes Potential als strahlkräftiges Zentrum für fast alles (ausser politische Schönheit) weniger ins Auge springt, der/die wird ab und an mit dem Vorwurf konfrontiert, eine kleingeistige Provinznudel mit Verhinderermentalität zu sein. Das mussten sich auch an den diversen Informationsanlässen über die Überbauungspläne im Hochschulquartier einige anhören, die sich fragten, ob weniger nicht mehr wäre.

Ja, warum darf Zürich nie auf den einen oder anderen Leuchtturm verzichten und einfach eine lebenswerte mittel-grosse Stadt sein? - Nein, mehr ist mehr, so der Kanton (in betonter partnerschaftlicher Einigkeit mit den städtischen Behörden), und stellt die einzigartige Medizin-, Lehr- und Wissenschaftskomposition durch Uni, ETH und USZ auf die gleiche Stufe mit jener Bostons (ebenfalls weltweit einzigartig; Einzugsgebiet: 4,5 Mio). Und mit grossem Selbstverständnis auch über allfällig divergierende Interessen der städtischen Bevölkerung. Die meisten von uns sind ja vernünftig und verständig, und es würde niemandem ernsthaft einfallen, den Vorteil der geografischen Nähe dieser drei Institutionen zu bezweifeln (der Schwatz vor der gemeinsamen Kaffeemaschine hat schon fantastische Erfindungen inspiriert). Mehr Misstrauen liesse sich da einer

anderen kantonalen Cluster-Fantasie, dem Polizei- und Justizzentrum, entgegenbringen, nebst dem Ärger über die miese Planung beim Anblick der Brache. Diese wird uns noch eine Zeit lang erhalten bleiben und an den Abriss des Güterbahnhofs erinnern, dessen Räumlichkeiten die Bevölkerung gut hätte brauchen können.

Gross, grösser, am grössten

Aber zurück in die Hügel von Zürich, wo der Totalumbau eines historisch gewachsenen, dichten Stadtquartiers für rund 6 Mia Franken rund 40% mehr Nutzfläche bringen soll.

Zur Veranschaulichung: Das entspricht gemäss Stadtrat Odermatt der neunfachen Fläche des Uni-Hauptgebäudes. Weil man das unter Berücksichtigung der Gegebenheiten horizontal nicht einfach so hinkriegt (man muss ja auch noch ein paar Gebäude stehen lassen), plant man in die Höhe. Hauptantreiber des Mega-Bauprojekts ist das Unispital, das befürchtet, sonst medizinwissenschaftlich und -wirtschaftlich abgehängt zu werden. Aber auch Uni und ETH haben so ihre Ansprüche. Logischerweise erwartet man dann auch ein entsprechend grösseres Volumen an Personen (PatientInnen, Studierende, Personal und Verwaltung). Für diese baut man schliesslich aus.

Erschliessung: ein Fremdwort

Seien wir nicht so und teilen doch für einen Moment die Wachstumseuphorie der „Generationenprojekt“-Vorantreiber vom Züriberg und auch ihre Angst, ohne diese bauliche Aufrüstung ins totale akademische und medizinische Aus zu

geraten. Würde ein glaubhaftes Projekt diesen Ausmasses nicht ein ausgefeiltes Verkehrs- und Erschliessungskonzept voraussetzen? Ein solches muss doch jeder Einkaufszentrumsplaner pfannenfertig bereit halten, bevor er mit der Bauplanung beginnen kann. Mit gleichen Ellen muss hier anscheinend nicht gemessen werden. Sollen doch alle zu Fuss den Berg hochkraxeln, wenn das Tramnetz nicht weiter ausgebaut werden kann. Verschieben wir doch ein paar Vorlesungen auf ausserhalb der Stosszeiten, ermuntern zum Velofahren, auch wenn für Veloinfrastruktur kein Platz ist. Vertrösten wir uns mit mittel- und langfristigen Transportfantasien in Form von Rolltreppen, Gondeln, S- und U-Bahnen, und bald ist vielleicht das Beamen eine Option. Nun, ein Verkehrskonzept ist das nicht. Vielleicht werden Verkehrskonzepte aber auch überwertet. Und wenn, dann darf sich die Stadt daran die Zähne ausbeissen.

Die Ohnmacht der Städter

Für die Freunde der demokratischen Entscheidungen und partizipativen Prozesse ist die Chose eher frustrierend. Die städtische Bevölkerung wird – ob es ihr passt oder nicht – tatenlos zusehen müssen, wie ein ganzer Stadtteil umgemodelt wird. Nach der Absegnung des Eintrags in den Richtplan durch das kantonale Parlament setzt Baudirektor Kägi seine Unterschrift unter die Gestaltungspläne, die das Schicksal des Gebiets besiegeln. Unter gewissen Bedingungen ergeben sich hier noch Rekursmöglichkeiten, die für Private aber sehr aufwändig wären. Es wird auch gemunkelt, dass die Bauprojekte vor den Wettbewerben bereits allesamt vergeben sind. Das ist aber vielleicht nur ein sehr böses Gerücht.

Die Stadt und die Baulinie

Etwas Bammel haben müssen die Planer aber schon noch, gibt es da doch diese eine Baulinie, die sich bereits durch die kommunale Berichterstattung geschlängelt hat. Besagte Baulinie betrifft ein Kernstück der Ausbaupläne, die Neue Sternwartstrasse und Umgebung. Die Verlegung und Anpassung von Baulinien ist ohne Stadtrat und Gemeinderat nicht möglich, der Entscheid darüber ist referendumsfähig und kann an die Urne und somit vors Volk gebracht werden. So ganz einfach wird es also doch nicht.

Andrea Leitner, Gemeinderätin



Energiepolitik quo vadis?

Die 2011 hoffnungsvoll gestartete «Energiestrategie 2050» hat sich mit den neuen politischen Mehrheiten seit Oktober 2015 definitiv vom AKW-Ausstieg mit verbindlichen Terminen verabschiedet und ist zu einem unwürdigen Subventions- und Steuer-spar-Schacher verkommen. Neu sollen private Hausbesitzer sogar Investitionskosten für energetisch motivierte Ersatzneubauten bei den Steuern absetzen können...

Seit 2011 machen die beiden grössten Schweizer Stromkonzerne AXPO und Alpiq Negativschlagzeilen mit Milliardenabschreibern auf ihren Kraftwerkanlagen und entsprechenden Riesenverlusten. Anfangs Jahr schockte Alpiq die Öffentlichkeit mit der Ankündigung, 49% ihres inländischen Wasserkraft-Portefeuilles zu verkaufen. Die Kantone Zürich und Schaffhausen überlegen ernsthaft, ihre Beteiligungen an der AXPO abzustossen.

Ideologisch motivierte Liberalisierung in der EU

Was läuft schief in der Schweizer Stromwirtschaft? - Seit zwanzig Jahren forciert die EU eine klar ideologiegetriebene Politik der Liberalisierung der Stromversorgung, die auch auf die Schweiz ausstrahlt: Aufhebung regionaler Versorgungsmonopole, strikte Trennung von Produktion, Übertragungs- und Verteilnetzen und Endverteilern, Zerschlagung vertikal integrierter Versorger. Ein erstes Überschwappen dieser neoliberalen Welle konnte die Linke – unter massgeblicher Beteiligung der AL - 2000 bis 2002 mit dem Nein zur Privatisierung von ewz und EKZ und zur Strommarkt-Öffnung auf Bundesebene erfolgreich abwehren. Mit dem Stromversorgungs-gesetz ist dann 2009 der Markt für Grossverbraucher und Endversorger teilweise geöffnet worden.

Marktliberalisierung und Förderprogramme für Erneuerbare...

Die Kombination von forcierter Marktliberalisierung und gleichzeitigen Förderprogrammen für erneuerbare Energien produziert perverse Effekte: dank langfristigen Preis- und Abnahmegarantien erzielen Investoren in Solar- und Windprojekte – unter ihnen auch spekulative Hedgefonds - stabile Renditen, während angestammte «saubere» Wasserkraftproduzenten unter Geste-hungskosten verkaufen und auf ihren Anlagen Milliarden abschreiben müssen. Gleichzeitig werfen Betreiber von Kohle-Kraftwerken dank amortisierten Anla-

gen und Niedrigstpreisen für CO2-Zertifikate massenweise Billigst-Dreckstrom auf den Markt.

...führen zu Kannibalisierung

Unter dieser Kannibalisierungspolitik und finanziellen Auszehrung leiden primär reine Produzenten ohne feste Endkunden wie Alpiq und AXPO. Verschärfend kommt hinzu, dass Alt-Monopolisten wie Alpiq, BKW und die bündnerische Repower, einmal in den Markt entlassen, sich mit Gas- und Kohlekraftwerken in Italien und Deutschland auf riskante Expansionsstrategien eingelassen haben, die jetzt teuer zu Buche schlagen. Mit ins Bild passen krasse Lohnexzesse etwa bei der Alpiq, wo VR-Präsident Schweickhardt 2011-2015 trotz über 4 Milliarden Franken Verlust fast 5 Mio Franken Honorare kassiert hat.

Weniger betroffen sind dagegen vertikal integrierte Firmen wie ewz oder IWB, die sowohl als Produzenten wie als Endversorger tätig sind, da sie ihren Strom an kleine und mittlere Kunden weiterhin zu garantierten Gestehungskosten absetzen können.

Weitere Markttöffnung stoppen

Eigentlich hätte der Strommarkt ab 2014 auch für Kleinkunden geöffnet werden sollen, doch der Bundesrat verschiebt diesen zweiten Schritt, der dem Referendum untersteht, von Jahr zu Jahr. Auch das seit langem verhandelte Stromabkommen mit der EU sieht eine vollständige Liberalisierung vor. Diese Ausweitung muss verhindert werden. Die Kunden brauchen faire und stabile Preise und ökologisch produzierten Strom. Ein Pseudowettbewerb wie bei den Krankenkassen macht keinen Sinn. Der dank Liberalisierung drohende Ausverkauf der einheimischen Wasserkraft zeigt klar: so kann und darf es nicht weitergehen.

Energiewende braucht stabile Rahmenordnung

Strom ist eine zentrale Ressource, die nicht beliebig dem Spiel der Marktkräfte überlassen werden soll. Der unabdingbare Umbau unseres Energiesystems, weg von fossiler und nuklearer, hin zu erneuerbarer Energie, erfordert stabile Rahmenbedingungen für längerfristige Investitionen. Dazu gehören auch Absatz- und Preisgarantien, nicht nur bei den neuen erneuerbaren Energien, und die Zuweisung von Versorgungsgebieten. Es

geht nicht darum, Monopole kritiklos gesundzubeten. Wir alle wissen, dass sich unter dem Schutzschirm kantonaler Gebietsmonopole auch die katastrophalen Fehlinvestitionen in Atomkraftwerke haben entwickeln können. Allerdings zeigen sich klare Unterschiede: Versorger, die unter direktem politischen Einfluss stehen wie die EW's der Städte Basel, Bern und Zürich, haben - ganz im Gegensatz zu den privatrechtlich konstituierten und gemanagten Staatskonzernen AXPO und Alpiq - schon früh zu erneuerbaren Energien umgeschwenkt und sich für eine ökologisch orientierte Tarifpolitik entschieden.

Gebietsmonopole und vertikal integrierte öffentliche Betriebe machen Sinn – unter der Voraussetzung, dass sie demokratisch kontrolliert und damit gezähmt werden.

Niklaus Scherr

Termine

Samstag, 7. Mai, 9.00: Bewanderte Schweiz, Wanderung für eine offene Migrationspolitik von Egg nach Männedorf

Dienstag, 24. Mai, 19.00: AL-Mitgliederversammlung

Mittwoch, 15. Juni, 18.30: Netzwerktreffen Racial Profiling, Bern

Sonntag, 19. Juni: Menschenstrom gegen Atom - Beznau

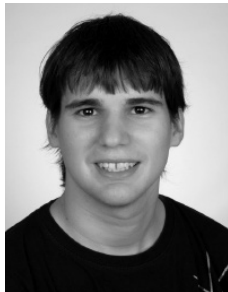
Dienstag, 28. Juni 19.00: AL-Vollversammlung

Dienstag, 30. August 19.00: Kantonale AL-Vollversammlung

Korrigendum

Die Redaktion entschuldigt sich, in der letzten Ausgabe auf Seite 6 einen falschen Text als Kolumne von David Berger gedruckt zu haben. Auf <http://al-zh.ch/medien/al-info.html> ist eine korrigierte Version zu finden.

BÜPF - Nein danke!



Das Referendum gegen das BÜPF ist gestartet. Nun bleibt bis zum 7. Juli Zeit, um die benötigten 50'000 Unterschriften zu sammeln.

Das BÜPF, ausgeschrieben „Bundesgesetz betreffend der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs“, weitet die Überwachungsrechte der Sicherheitsbehörden erheblich aus. Die Vorratsdatenspeicherung wird ausgeweitet und neu sollen der Einsatz von Staatstrojanern sowie IMSI-Catchern, die der Polizei zum Beispiel die Erfassung von Handybenutzern an Demonstrationen ermöglichen würde, explizit erlaubt werden.

Die Bedingungen, unter denen eine solche Überwachung erlaubt sein soll, sind schwammig, und ein wirksames Aufsichts- oder Beschwerderecht über Tätigkeit und Anordnungen des Überwachungsdienst BÜPF existiert nicht.

Bereits heute müssen Internet- und Mobilfunkanbieter Verbindungsdaten bis auf sechs Monaten zurück ihre Daten den Strafverfolgungsbehörden liefern können. Auch wenn eine Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung auf zwölf Monate vom Parlament in letzter Minute noch aus der Vorlage gekippt wurde, wurde die Vorratsdatenspeicherung trotzdem merklich ausgeweitet: Neu müssen sämtliche Anbieter von öffentlichen WLAN's, Mail- und Chatservern die Daten für sechs Monate speichern und auf Nachfrage Zugriff darauf zu gewähren.

Diese Regelung betrifft nicht nur grosse Internet- und Mobilfunkanbieter, sondern auch kleine Vereine, Privatpersonen oder Restaurants. Trotzdem ist diese Massnahme alles andere als zielführend, können doch Mailanbieter im Ausland mit einer solchen Regelung nicht belangt werden. Der Einsatz von Staatstrojanern und IMSI-Catchern geschieht mit dem neuen Gesetz ohne jegliche externe Kontrolle. Er ist für die Öffentlichkeit nicht zu bemerken. Auch im Kanton Zürich ist digitale Überwachung ein relevantes, aber schwer erschliessbares Thema.

Sowohl die Kantonsrats- als auch die Gemeinderatsfraktion haben inzwischen Vorstösse eingereicht. Wir sind gespannt auf die Antwort.

Manuel Sahli, Kantonsrat

Eingemeindung?

Wer mit dem Zug von Zürich nach Dietikon fährt, merkt nicht, wo die Stadt Zürich endet und Schlieren oder dann Dietikon beginnt. Die beiden Vorstädte sind schon längst mit der Stadt Zürich verwachsen. Aber warum sind sie nach wie vor eigene Gemeinden? Ist dies richtig?

Durch zwei Eingemeindungen in den Jahren 1893 und 1934 erhielt die Stadt Zürich ihre heutige Ausdehnung. Interessant ist dabei, dass im Jahre 1929 eine Vorlage zur Eingemeindung scheiterte. Damals sollten neben den heute zur Stadt Zürich gehörenden Gebieten auch Schlieren, Oberengstringen, Zollikon und Kilchberg in die Stadt Zürich integriert werden. Die kantonale Vorlage scheiterte an der Urne. Schlieren mit 68% und Oberengstringen sogar mit 91% Ja-Stimmen sprachen sich dabei klar für die Eingemeindung aus. Eine reduzierte Vorlage ohne diese vier Gemeinden fand dann die Zustimmung der Stimmbürger. Seither sind die Grenzen der Stadt Zürich unverändert. Obwohl sich die Agglomeration weiterentwickelt hat, wurden die Stadtgrenzen nie der Siedlungsentwicklung angepasst. Damit besteht eine Diskrepanz zwischen Siedlungs- und politischer Struktur.

Dietikon ist eng verbunden mit Zürich

Wie man sieht, sind die Grenzen der Stadt Zürich nicht logisch oder gar historisch gewachsen. Sie sind vielmehr oft zufällig. Warum gehört Leimbach zur Stadt Zürich, Schlieren aber nicht? Warum ist das Bauerndorf Affoltern Teil der Stadt Zürich, Oberengstringen aber nicht?

Oft hat die Stadtgrenze seltsame Auswirkungen. So endet die Tramlinie 13 völlig unverständlich genau an der Grenze zu Oberengstringen. Immerhin wird die Tramlinie 2 in wenigen Jahren nach Schlieren fahren und mit der Limmattalbahn, die eigentlich ein Tram ist, wird auch Dietikon mit dem Tramnetz von Zürich verbunden. Damit wachsen diese Vororte auch verkehrsmässig mehr mit der Stadt Zürich zusammen. Mit der S-Bahn ist man ohnehin schon längst in einer Viertelstunde von Dietikon im Hauptbahnhof Zürich und seit der Inbetriebnahme der Durchmesserlinie mit einer neuen S-Bahnlinie gar in 11 Minuten. Dietikon ist damit viel besser mit der Innenstadt von Zürich verbunden als

manches Stadtquartier.

Die AL beschäftigte sich schon 2012 an einer kantonalen Versammlung mit der Struktur der Agglomeration Zürich und möglichen Eingemeindungen. Seither ist die Entwicklung weiter fortgeschritten. Wie schon erwähnt, steht der Bau der Limmattalbahn unmittelbar bevor. Daneben hat sich in Dietikon - mit seiner ungünstigen Bevölkerungsstruktur mit vielen Sozialfällen - die finanzielle Lage stark verschlechtert. Der Steuerfuss liegt nunmehr 10% über dem der Stadt Zürich. Dietikon ist nicht mehr in der Lage, seine Aufgaben im Alleingang zu bewältigen. Bei den Planungsaufgaben, die in nächster Zeit anstehen, wären, wenn die Planung auf hohem Niveau erfolgen soll, die Ressourcen einer grösseren Stadt unbedingt nötig.

Nur eine Frage der Zeit?

Bei dieser Situation lag es nahe, die Diskussion über eine Eingemeindung ins Parlament zu tragen. In Dietikon, wo wir im Parlament vertreten sind, bot sich ein Postulat, in Schlieren eine Einzelinitiative an. Das Postulat in Dietikon wurde sowohl von SP wie auch von Grünen Gemeinderatsmitgliedern mitunterzeichnet. Die Medienberichterstattung auf unsere Vorstösse waren enorm umfangreich. Insgesamt waren die Reaktionen weitgehend positiv. Ein FDP-Gemeinderat fand, wir seien 20 Jahre zu früh. Oder sind wir etwa 20 Jahre zu spät? Solche Ideen brauchen oft Zeit, um sich in Köpfen festzusetzen.

Wir sind nicht die Einzigen, die sich solche Gedanken machen. In Dübendorf hat Peter Anderegg vor Jahren einen ähnlichen Vorstoss eingereicht, ob der 13. Stadtkreis nicht im Limmattal entstehen wird? Auch wenn wir im ersten Anlauf keinen Erfolg haben sollten, muss die Diskussion über die politische Struktur der Agglomeration Zürich weiter gehen.

Ernst Joss



Public Corporate Governance



Zurzeit erleben wir eine zweite Welle von Auslagerungen von Betrieben der öffentlichen Hand. Im Kanton wird der Lehrmittelverlag ausgelagert, die Vorlagen über die Auslagerungen des

Kantonsspitals Winterthur und der Integrierten Psychiatrie Winterthur werden bereits verhandelt. Im Gegensatz zu früheren Auslagerungen wird heute mit dem Stichwort Public Corporate Governance (PCG) darüber diskutiert, welche Rolle die Exekutive und die Legislative in den ausgelagerten Unternehmungen spielen sollen.

Der Regierungsrat hat sich Anfang 2014 entsprechende PCG-Richtlinien gegeben. Damit hat er sich erstmals einen Überblick über die Beteiligungen des Kantons gegeben, die vom Anteil an einer Alp bis zu AXPO-Aktien reichen. Entscheidend ist, ob es der Legislative gelingt, auch nach der Auslagerung Einfluss auf die Politik der Betriebe zu nehmen. Der Regierungsrat möchte in wichtigen Unternehmungen, in denen der Kantonsanteil mindestens 30% beträgt, eine Eigentümer-

strategie bestimmen. Ausserdem will er festlegen, wer die Mitglieder des obersten Führungsgremiums der ausgelagerten Unternehmungen bestimmt. Beides in Eigenregie. Der Kantonsrat soll die Eigentümerstrategie lediglich zur Kenntnis nehmen, was gleichbedeutend ist, wie darüber reden zu dürfen, aber ohne mitbestimmen zu können. Dies in Abweichung zu bisherigen gesetzlichen Regelungen, nach denen Kantonsrat immerhin Spitalrat und Universitätsrat bestimmen durfte. Die politischen Divergenzen liegen auf der Hand. Die Exekutive möchte Auslagerungen, um den Unternehmungen möglichst freie Hand zu geben und sie der Kontrolle der öffentlichen Hand weitgehend zu entziehen. Welche Rolle dem Kantonsrat dabei zukommen soll, wird inzwischen endlich in verschiedenen Gremien des Kantonsrates diskutiert. Dazu kann kaum eine einhellige Meinung gefunden werden, da sich Auslagerungsbefürworterinnen und -gegnerinnen gegenüberstehen. Wichtig ist, dass sich der Kantonsrat bewusst wird, welche Rolle er einnehmen kann und, dass er es mit entsprechenden Auslagerungsgesetzen selber in der Hand hat, zu entscheiden, wie viel Macht er aus der Hand geben will.

Markus Bischoff

Solidarität mit Diyarbakir



Zürich pflegt Städtepartnerschaften mit Kuning und San Francisco. Diese stehen im Zeichen der Solidarität und der bürgerchaftlichen Verbrüderung, wie die Stadt

Zürich auf ihrer Webseite schreibt.

Rebekka Wyler (SP) und ich haben nun mit einem Postulat eine Städtepartnerschaft zwischen Zürich und der Stadt Diyarbakir zur Diskussion gestellt. Diese soll die internationale Kooperation, vor allem auf zivilgesellschaftlicher Ebene fördern.

Diyarbakir (oder kurdisch: Amed) ist eine kurdische Stadt im Südosten der Türkei. Seit Monaten herrschen dort in den kurdischen Gebieten bürgerkriegsähnliche Zustände - hunderte ZivilistInnen wurden von Sicherheitskräften ermordet. Die AKP-Regierung rechtfertigt die kollektive Bestrafung der Bevölkerung in den Hochburgen der kurdischen Bewegung mit Terrorbekämpfung.

Ganze Stadtteile wurden wochenlang zu Kriegsgebieten mit Ausgangssperren

erklärt, die Strom- und Wasserversorgung wurde unterbrochen. Verwundete haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, Leichen bleiben tagelang auf der Strasse liegen. Bis zu 200'000 KurdInnen sind auf der Flucht im eigenen Land. Die AKP-Regierung versucht die Türkei zu spalten. Eine Städtepartnerschaft zwischen Zürich und Diyarbakir könnte eine (symbolische) Plattform bieten, um dieser Spaltung ein bisschen entgegenzuwirken. Auch Zürich könnte von einer solchen Partnerschaft profitieren. Die kurdische Bewegung entwickelt zurzeit ein neues Gesellschaftsmodell. Dahinter steht die Idee von eines freien, demokratischen, ökologischen und geschlechtergerechten Lebens.

Im Dezember 2015 haben diverse kurdische Städte ihre Autonomie ausgerufen. In der basisdemokratischen Selbstverwaltung sollen Dorf- und Stadtversammlungen entstehen, in denen über regionale Belange entschieden werden soll. Ein Austausch zu den Themen Föderalismus, Basisdemokratie und Geschlechtergerechtigkeit könnte für beide Städte höchst interessant und Früchte tragend sein.

Ezgi Akyol

AL-InhALte mit Biss:



3. Februar: Mit Befriedigung nimmt die AL vom Beschluss des Zürcher Stadtrates Kenntnis, den Entscheid über die Organisation des **Energieverbunds Zürich-West** dem Gemeinderat vorzulegen.

28. Februar: Trotz aktiven Einsatzes der AL stimmt das Zürcher Stimmvolk der Reduktion der Grundbuchgebühren zu. Wichtiger ist uns der **Sieg bei der Durchsetzungsinitiative**.

03. März 2016: Das Komitee „Kinderbetreuung JA!“ organisiert ein **Mediengespräch**, um Hintergrundinformationen zur Initiative zu vermitteln.

14. März: Der Kantonsrat sagt nein zur **AL-Initiative „Bezahlbare Kinderbetreuung für alle“**. Während Maria Eisele dem Rat die Initiative vorstellt, demonstrieren AL-Aktivistinnen vor dem Rathaus.

16. März: Walter Angst stellt Fragen zum Ausbau der subventionierten **Kinderbetreuung**.

23. März: Ezgi Akyol reicht ein Postulat für eine **Städtepartnerschaft** mit dem kurdischen Diyarbakir ein, das sich im Kriegszustand befindet.

30. März: In der Monsterdebatte zum **regionalen Richtplan** kritisiert die AL-Fraktion die Versäumnisse bei der Infrastrukturplanung und die Verzögerungspolitik des Kantons bei der Mehrwertabschöpfung.

4. April: Der Regierungsrat hat für die Verkaufsbranche einen **Hungerlohn als Mindestlohn** festgelegt. Die AL-Kantonsratsfraktion hakt mit einer Anfrage nach.

4. April: AL-Kantonsrat Manuel Sahli

fordert Rechenschaft über verdeckte **elektronische Ermittlungs- und Überwachungsmittel**.

12. April: Die AL begrüsst **Manuel Hauser** als neuen Bezirksrichter.

20. April: Der Gemeinderat überweist ein Postulat, dass kabellosen **Internetzugang** in allen Liegenschaften der **Asylorganisation** Zürich fordert.





Danke!

Dayana Mordasini hat Mitte April das AL-Sekretariat nach vier Jahren verlassen. Sie hat 2012

ihre Stelle als politische Sekretärin an der Molkens- trasse angetreten.

Zuerst noch allein, später unterstützt von Corin Schäfli, war sie an drei Tagen die Woche im Büro anzutreffen. Sie wurde sofort ins kalte Wasser geworfen und war verantwortlich für die ganze Administrativarbeit, Vernetzung, Kampagnenarbeit etc... Ihre eigenständige Persönlichkeit, ihr vernetztes Denken, ihre effiziente Arbeitsweise und ihr Herzblut für die Politik liess sie schnell zur unverzichtbaren Mitarbeiterin werden.

Als Dayana mit der Arbeit begann, war die AL gerade daran, zu ihrem grossen Sprung anzusetzen: Die AL hatte weder einen Stadtrat, noch eine Kantonsratsfraktion und im Gemeinderat besetzte sie erst fünf Sitze. Dayana war massgeblich am elektoralen Erfolg der Partei beteiligt: In den vier Jahren organisierte sie fünf Wahlkämpfe mit, von denen sie zwei leitete. Sie aktivierte unermüdlich Leute und stand selbst in ihrem Wohnbezirk auf einem Podium. Nebenbei half sie bei diversen Kampagnen tatkräftig mit.

Im Vorstand traten engagierte Mitglieder zurück und in den vier Jahren kamen einige neue Gesichter dazu. Dayana hat für uns im Vorstand die Sitzungen stets gut vorbereitet, uns auf wichtige Themen aufmerksam gemacht und die Prioritäten richtig gesetzt.

Viel Engagement hat Dayana in das AL-Info gesteckt. Das AL-Info ist in den vier Jahren, dank Dayana zu einem ansehnlichen Infoblatt gewachsen, welches immer wieder mit spannenden Themen aufwartet. Zum Glück wird sie uns nicht ganz verlassen, sondern ist weiterhin als Aktivistin und in der AL-Info-Redaktion dabei.

Dayana war die Drehscheibe der AL: Alles lief bei ihr zusammen. Sie hatte auch im grössten Trubel ein Ohr offen für die Anliegen der Mitglieder und Aktivist*innen. Ich konnte mich jederzeit hundertprozentig auf sie verlassen! Ich bedanke mich ganz herzlich bei Dayana für ihren unermüdlichen Einsatz für die AL und wünsche ihr viel Musse und Glück!

Isabel Maiorano, AL-Vorstand

Grundeinkommen - Ja, aber...

Endlich ist es raus: Die AL hat die Parole zum Bedingungslosen Grundeinkommen gefasst. Die kontroverse Debatte dazu überraschte niemanden - das eindeutige JA schon. Dayana Mordasini und Corin Schäfli zeigen den Kontrast zwischen der revolutionären Idee und der mangelhaften Initiative auf.

Beim Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) geht es nicht um die Finanzierung, diese ist gesichert, das sagen Leute, die mehr verstehen als ich. Mir scheint es lächerlich, in Zeiten von Datenlecks und professioneller Steuerhinterziehung auf der einen Seite und Reformen (= Senkung) der Unternehmenssteuer, auf der anderen Seite, die Angst vor der Finanzierung heraufzubeschwören: Das Geld ist vorhanden und wir können es uns leisten, allen ein Grundeinkommen auszuzahlen, und zwar bedingungslos und existenzsichernd.

Alle beziehen bereits heute ein Grundeinkommen. Vom Staat oder einem Arbeitgeber. Aber dieses ist an Bedingungen geknüpft. Bedingungen, die vor allem dort prekär sind, wo es um die tiefsten Löhne geht: Menschen sind aus Existenzangst gefangen in Bullshit-Jobs und sie arbeiten sich arm, zum Preis der Unzufriedenheit. Hier setzt das Grundeinkommen an. Wir haben in einer Zukunft mit Grundeinkommen, bei Arbeit, die keiner freiwillig machen will, folgende Optionen: Automatisierung, bessere Löhne zahlen, selber machen. Vollbeschäftigung ist nicht mehr möglich, eine Illusion, der wir ins Auge sehen, und eine Herausforderung, die wir mit dem Grundeinkommen entschärfen können. Ganz viel Arbeit ist unbezahlt. Wer will, findet in der freiwilligen Arbeitswelt eine sinnvolle Beschäftigung – neu mit einer gesicherten Existenz.

Ich glaube die heutige Stigmatisierung bei Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern wird unterschätzt. Wer aktuell staatliche Unterstützung bezieht, ist in der gesellschaftlichen Wahrnehmung weniger wert. Mit dem BGE entfällt die Rechtfertigungspflicht und das schafft Selbstvertrauen. Das BGE würde auch hier positive Impulse bewirken. Selber bestimmen, in welche Beschäftigung wie viel Energie investiert wird, statt staatlich verordneter Beschäftigungszwang zu Dumpingpreisen. Dieser Möglichkeit sollten wir eine Chance geben. Beim Grundeinkommen geht es nicht um die eigene Freiheit – die meisten würden ihren bezahlten Job behalten – es geht darum, ob wir den anderen diese Freiheit auch zugestehen wollen. Gut möglich, dass wir dazu noch nicht reif sind, nötig ist es allemal und kommen wird es sowieso irgendwann. Darum am 5. Juni überzeugt JA zum bedingungslosen Grundeinkommen.

Dayana Mordasini

Keine Frage: Wir könnten es uns leisten. Und wir gehören auch nicht zu denen, die glauben, dass niemand mehr arbeiten würde, wenn das Grundeinkommen da wäre. Eine linke Kritik am Grundeinkommen wirft andere Fragen auf. Nämlich die nach Risiken und Nebenwirkungen der Vorlage. Während die Zeit vielleicht reif wäre für die Idee an sich, ist die Initiative unausgegoren. Bei einer so offen formulierten Initiative bleiben viele der Folgen, die diese haben könnte, schwer absehbar. Es kann jedoch spekuliert werden, dass die schlussendliche Umsetzung - durch das rechts-bürgerliche Parlament, dass wir nun einmal haben - schwerlich in unserem Sinne sein wird. Während das Bedingungslose Grundeinkommen auf ein Minimum festgelegt würde, könnte es trotzdem als Anlass genommen werden, die Grundrechte, die uns vor dem Raubtierkapitalismus schützen, Schritt für Schritt abzubauen. Denn das Grundeinkommen liefert ein gutes Argument, um sowohl die Abschaffung der Arbeitsrechte als auch des Sozialstaats zu fordern. Arbeitslosenkasse, Sozialhilfe, AHV? Warum auch? Schliesslich ist die Existenz aller gesichert. Und im Initiativtext steht nichts, was das verhindern könnte. Und während sich die Initiative als ein Weg präsentiert, etwas Positives aus dem fortschreitenden Ersetzen von Arbeitskräften durch Maschinen zu ziehen, rechnet sie nicht ein, dass dieser Prozess schlussendlich vor allem noch Jobs für qualifiziertere Arbeitskräfte übrig liesse. So gesehen ist es nachvollziehbar, dass die WOZ die Frage stellt, ob das Grundeinkommen eine linke oder eine rechte Utopie sei. Auch die Idee, das Grundeinkommen über die Mehrwertsteuer zu finanzieren, wie die Initianten vorschlagen, hat ihren Haken: denn die Preise sollten in diesem Szenario nicht steigen. Zum Ausgleich müsste bei den Lohnkosten gespart werden. Die arbeitende Bevölkerung würde sich ihr BGE also selbst finanzieren. Der Plan der InitiantInnen sieht also keine Umverteilung nach unten vor. Dabei würde es anders gehen: Warum nicht etwa eine Steuer auf Geldtransaktionen einführen? Die Idee eines Grundeinkommens, das den Menschen lediglich das nackte Überleben sichert ist, von links aus gesehen untauglich. Und früher oder später braucht es einen ausgefilterten Vorschlag für diese im Grunde durchaus solidarische Idee.

Corin Schäfli